



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Elmar Hayn, Thomas Gehring, Anna Schwamberger, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Aufstockung der Verwaltungszeit an Grund- und Mittelschulen nach den Herbstferien 2022

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Verwaltungsstunden an Mittelschulen ab den Herbstferien 2022 um zwei Wochenstunden pro Brückenklasse und an den Grundschulen gemäß der höheren Schülerinnen- bzw. Schülerzahlen durch die hinzugekommenen, aus der Ukraine geflüchteten Kinder, aufzustocken, um den hohen Mehraufwand, den die organisatorische Betreuung der geflüchteten ukrainischen Schülerinnen bzw. Schüler bedeutet, aufzufangen.

Die Aufstockung der Stunden für die Verwaltungsangestellten an Grund- und Mittelschulen soll auf dieses Schuljahr begrenzt sein und die Lage dann für das kommende Schuljahr 2023/2024 neu bewertet werden.

Begründung:

Die Grund- und Mittelschulen erhalten nach der Anzahl der Klassen die Zuteilung von Verwaltungsstunden für die Sekretariatsarbeit. An weiterführenden Schulen wird der Bedarf an Verwaltungsstunden anhand der Schülerinnen- bzw. Schülerzahlen ermittelt.

Besondere Klassen, wie z. B. Deutschklassen, Abschlussklassen oder Integrationsklassen, werden doppelt gezählt. Zudem gibt es noch Stundenaufstockungen für Ganztags-, Verbundkoordination usw. Für die sogenannten Brückenklassen, also Sonderklassen nur für ukrainische Kinder, scheint dies nicht zu gelten. Diese zusätzlichen Klassen werden an den Mittelschulen verwaltungstechnisch überhaupt nicht berücksichtigt. Bei den Grundschulen werden die ukrainischen Schülerinnen bzw. Schüler auf vorhandene Klassen verteilt, doch die Schulen erhalten für die Mehrarbeit keinerlei zusätzliche Verwaltungszeit, weil es dadurch i. d. R. zu keinen Klassenmehrungen kommt.

In der Praxis jedoch bedeuten alle geflüchteten Kinder, unabhängig davon, ob sie in separaten Brückenklassen oder in Regelklassen untergebracht werden, einen enormen Mehraufwand für die Verwaltungsangestellten. Die Kommunikation mit Schülerinnen bzw. Schülern und Eltern erfolgt meist per Handy mithilfe von Übersetzungsprogrammen (und mit hoffentlich funktionierendem WLAN an der Schule). Hinzu kommen die Verwaltungsarbeiten für die Anträge für Bildung und Teilhabe, Zuarbeit für Meldebehörden sowie die umfangreichen Vorarbeiten zum Ausstellen von Arbeitsverträgen für die Lehrkräfte der Brückenklassen. Dafür braucht es dringend mehr Verwaltungszeit.

Im Gegensatz zu Grund- und Mittelschulen werden an Realschulen und Gymnasien aufgrund eines anderen Bewertungssystems für Verwaltungsstunden die neu hinzugekommenen Kinder aus der Ukraine voll in die Stundenberechnung einbezogen. Das ist eine erhebliche Benachteiligung von Grund- und Mittelschulen und eine zusätzliche Belastung dieser Schularten.